

BERATUNGSUNTERLAGE
Bitte aufbewahren!

Ausschuss für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung

AUSSCHUSSDRUCKSACHE 17. WP
Nr. 17(15)110(3)
zur öffentlichen Anhörung
am 27.10.2010



ZENTRALVERBAND
DEUTSCHES
BAUWERBE ZDB

Stellungnahme des

Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes e.V. (ZDB)

zu den Vorlagen:

- Angekündigte Mittelkürzung beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm zurücknehmen (Drucksache 17/2346)
- CO₂-Gebäudesanierungsprogramm fortführen – Mit energetischer Sanierung Konjunktur ankurbeln, Arbeitsplätze sichern und Klima schützen (Drucksache 17/2395)
- Lebensqualität und Investitionssicherheit in unseren Städten durch Rettung der Städtebauförderung sichern (Drucksache 17/2396)

für die Anhörung im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages am 27. Oktober 2010

Zentralverband des
Deutschen Baugewerbes
Kronenstraße 55-58
D-10117 Berlin-Mitte
Telefon 030/2 03 14 – 0
Telefax 030/2 03 14 – 419
<http://www.zdb.de>
e-mail: bau@zdb.de

I. Einleitung

Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes vertritt als größter Branchenverband rund 35.000 mittelständische Bauunternehmen. Wir repräsentieren das gesamte Spektrum des Baugewerbes: Vom klassischen Hochbau, Straßen- und Tiefbau bis zum Ausbau. Dazu gehören u.a. Fliesenleger, klassische Zimmerer, Holzbau, Brunnenbauer, Spezialtiefbauer, Estrichleger bis hin zum Schlüsselfertigbau sowie Firmen, die von der Projektabwicklung bis hin zum Facility Management alle Dienstleistungen anbieten sowie komplette ÖPP-Projekte abwickeln. Unter dem Dach des ZDB sind sowohl handwerklich geprägte, inhabergeführte kleinere Unternehmen sowie große Mittelständler versammelt.

1. CO₂-Gebäudesanierungsprogramm

Rund 40 % der Endenergie wird in Gebäuden für Wärme und Kühlung verbraucht und verursacht fast 20 % der gesamten CO₂-Immissionen in der Bundesrepublik. Ein unsanierter Altbau hat gegenüber einem Neubau den fünffachen Energiebedarf für Wärme und Kühlung. Die größten Energieeinsparpotentiale finden sich im Gebäudebereich, dem damit eine Schlüsselfunktion für die drastische Verringerung der CO₂-Immissionen zukommt. Diese Potentiale müssen erschlossen werden, um im Bereich der CO₂-Reduzierung voranzukommen und um die ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen.

Die nachgefragten Mittel im CO₂-Gebäudesanierungsprogramm sind in der Vergangenheit regelmäßig höher gewesen als die ursprüngliche Haushaltsplanung, so dass dieses Programm aufgestockt werden musste, im Jahr 2009 um 0,75 Mrd. €, im Jahr 2010 um 0,4 Mrd. €. Damit stand im Jahr 2009 ein neuer Rahmen über 2,25 Mrd. € zur Verfügung. Im Jahr 2010 konnte zumindest das für die Jahre 2009 -2011 als durchschnittlich angesetzte Budget von 1,5 Mrd. € aufrecht erhalten werden. Durch die bereit gestellten Fördermittel hat sich das Sanierungstempo wesentlich beschleunigt, was angesichts von rund 25 Mio. sanierungsbedürftiger Wohnungen auch dringend geboten ist. Beleg für die stimulierende Wirkung der Fördermittel auf das Sanierungstempo ist die nach den Daten der KfW erreichte Verdopplung der geförderten Wohneinheiten im Jahr 2009 gegenüber 2008 allein in den Programmbereichen Energieeffizient Sanieren.

► Aktivierung privaten Kapitals

Darüber hinaus möchten wir ausdrücklich darauf hinweisen, dass mit dieser Förderung privates Kapital in erheblichem Umfang aktiviert wird. Ein Fördereuro bewirkte nach Analysen im Auftrag der KfW beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm private Investitionen in Höhe von rund neun €. Eine Mrd. € weniger Fördermittel, bedeutet auf neun Mrd. € Investitionen zu verzichten.

► Sicherung von Arbeitsplätzen

Mit dem im Jahr 2009 über die KfW-Mittel generierten Investitionsvolumen von 18,4 Mrd. € wurden 290.000 Arbeitsplätze gesichert (BT DS 17/2610). Werden die Budgets wie geplant von 1,5 Mrd. € auf 0,4 Mrd. €, also um 1 Mrd. € abgesenkt, so stehen ca. 150.000 Arbeitsplätze zur Disposition. Damit stehen auch Einnahmen aus Lohn- und Umsatzsteuern und Sozialversicherungsbeiträge auf dem Spiel. Das Jülich- Forschungszentrum hat in einer Auswertung der KfW-Förderprogramme den Nachweis erbracht, dass die geförderten Maßnahmen nach Abzug der Programmkosten einen positiven Effekt auf den Staatshaushalt haben, im Jahr 2005 lag er bei 350 Mio. €, in 2006 bei 600 Mio. € und in 2007 bei 400 Mio. €. Die Ausgaben für die Förderprogramme werden also deutlich überkompensiert.

► Einnahmen übersteigen Programmausgaben deutlich

Der Effekt kann auch an folgendem Beispiel illustriert werden: Angenommen wird eine Investition von 60.000 €, die einen Arbeitsplatz im Bereich der Gebäudesanierung sichert, sowie ein durchschnittlicher Facharbeiterlohn von 30.000 €/a.

Auf die Investition von 60.000 € entfallen

19 % Mehrwertsteuer = 11.500 €

Auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn von 30.000 € entfallen:

17,5 % Lohnsteuer	= 5.250 €	} rd. 5.540 €
5,5 % Solidaritätszuschlag	= 290 €	
40 % Sozialversicherungsbeiträge	= 12.000 €	

Zusammengefasst bedeutet das:

Der Staat nimmt aus Mehrwertsteuer und Lohnsteuer ca. 17.000 € ein. Seine Ausgaben bezogen auf die eine Investition von 60.000 € liegen aber nur bei einem Neuntel, also knapp 7.000 €. (Für die Sozialversicherungssysteme kommen Einnahmen in Höhe von 12.000 € hinzu.)

Im Bereich der energetischen Gebäudesanierung wäre es richtig und erforderlich, das Fördervolumen **mindestens** wieder auf bisherigen Stand von 1,5 Mrd. € anzuheben.

Im Jahre 2009 standen insgesamt 2,25 Mrd. € zur Verfügung, die auch abgerufen wurden. Programmmittel in dieser Größenordnung sind dauerhaft notwendig, um die Zielstellung aus dem Energiekonzept umsetzen lassen, eine Verdoppelung der Sanierungsrate zu erreichen. Zu Recht wird im Energiekonzept der Energieeffizienz im Gebäudebereich eine Schlüsselstellung zugesprochen. Konsequenterweise müssen dann aber auch im Bundeshaushalt 2011 wieder die ursprünglich vorgesehenen 1,5 Mrd. € für das Programm eingestellt werden.

► Bestandsersatz

Wohnungen, die in den 50iger bis Anfang der 70iger Jahre gebaut wurden - es handelt sich allein in den alten Bundesländern um rund 16 Mio. Wohneinheiten, davon etwa 8 Mio. in Mehrfamilienhäusern - sind zwar grundsätzlich sanierungsfähig, aber stellt sich die Frage nach der Wirtschaftlichkeit einer solchen Maßnahme. Zudem entsprechen diese Wohneinheiten vom Grundriss und vom Schallschutz in keiner Weise mehr den heutigen Anforderungen.

Um die anspruchsvollen Energieeffizienzsteigerungen des Energiekonzepts umzusetzen, ist oft der Bestandsersatz als eine Form der Modernisierung sinnvoller. Bestandsersatz erfasst den Abriss des alten Gebäudes, den Umzug der betroffenen Mieter und den eigentlichen Ersatzneubau.

Nimmt man an, dass 15 – 20 % der in dem genannten Zeitraum errichteten Wohnungen unter ganzheitlich Gesichtspunkten nicht mehr sanierungswürdig sind, müssten über 3 Mio. Wohnungen abgerissen und neu gebaut werden.

Bestandsersatz wird bislang nicht eigenständig gefördert. Er sollte aber als eine Variante der Sanierung und Modernisierung auf alle in der Sanierung und Modernisierung einsetzbaren Fördermöglichkeiten, wie z.B. Darlehen und Zuschüsse der KfW, wie auch mögliche Sonderabschreibungen angewendet werden können, wenn auf einem bisher bereits von

einem Wohngebäude genutzten Grundstück nach dem Abriss ein neues, energieeffizientes Wohngebäude errichtet wird.

► **Entscheidend: Planungs- und Investitionssicherheit**

Im Jahr 2009 standen im Co₂-Gebäudesanierungsprogramm 2,25 Mrd. € zur Verfügung. Da die Mittel bereits im August des Jahres 2009 aufgebraucht waren, wurden je 0,375 Mrd. € aus den Mitteln aus den Jahren 2010 und 2011 vorweggenommen. Im Jahr 2010 standen danach (1,5 Mrd. € - 0,375 Mrd. € =) 1,1 Mrd. € zur Verfügung. Aufgrund des Mehrbedarfs im Jahr 2010 wurden wiederum 0,4 Mrd. € aus dem Jahr 2011 verwendet. Damit hätte für das Jahr 2011 noch eine Summe von 0,815 Mrd. € zur Verfügung gestanden (geplant: 1,5 Mrd. € - 0,375 Mrd. € (2009) und - 0,31 Mrd. € (2010)).

So stark schwankende Förderhöhen wirken sich sehr negativ auf die Planungs- und Investitionssicherheit sowohl der privaten Investoren als auch der Bauwirtschaft aus. Nachrichten über nicht ausreichende KfW-Mittel für die energetische Sanierung (wenn auch nur für Einzelmaßnahmen) verunsichern Hauseigentümer und veranlassen diese, in an sich geplante energetische Investitionen aufzuschieben.

Auch die Unternehmen der Bauwirtschaft sind negativ von den volatilen Förderhöhen betroffen. Nur wenn die Rahmenbedingungen und die Höhe der Fördermittel mittelfristig feststehen, werden die Bauunternehmen in diesem Bereich in Know-how, neue Arbeitsgeräte investieren und dauerhaft Mitarbeiter einstellen. Daher ist es aus Sicht der Bauwirtschaft für das Erreichen der ehrgeizigen Klimaziele unerlässlich, dass mittelfristig – unabhängig von den jeweiligen politischen Konstellationen – Förderhöhen und – voraussetzungen sowie die zu erfüllenden technischen Standards festgelegt sind.

II. Städtebauförderung

Auch die vorgesehenen Kürzungen im Bereich der Städtebauförderung sind in hohem Maße kontraproduktiv. In den Jahren 2000 bis 2009 lag das durchschnittliche Volumen der Neubudgetierung der Städtebauförderung durch den Bund bei über 500 Mio. €. Nach einem Bericht des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung wären jährlich 600 bis 700 Mio. € Bundesmittel für die Städtebauförderung erforderlich, um den ermittelten Investitionsbedarf zu realisieren.

Nach den derzeitigen Planungen würde diese Summe in 2011 mit einem geplanten Budget von 305 Mio. € nur knapp zur Hälfte erreicht.

Aus der drastischen Reduzierung der Fördermittel des Bundes würden in der Folge weitere Einbrüche der Landes- und kommunalen Zuschüsse sowie der privaten Investitionen folgen.

An der Finanzierung der Städtebauförderung beteiligen sich Bund, Länder und Gemeinden. Regelmäßig beträgt der Bundesanteil an den Fördermaßnahmen rund ein Drittel. Die Länder bringen gleichhohe Mittel wie der Bund auf. Der Restanteil wird durch die Gemeinden als kommunaler Eigenanteil geleistet.

Fährt der Bund die Fördermittel für den Städtebau in dem geplanten Maße zurück, reduzieren sich zu gleichen Anteilen auch die Mittel der Bundesländer und Kommunen, so dass die Gesamtsumme der öffentlichen Gelder, die zur Förderung des Städtebaus zur Verfügung gestellt werden, drastisch sinken würden.

Nach dem Bericht der Bundesregierung zur Evaluation der Förderprogramme stößt ein € Städtebaufördermitteln von Bund und Ländern 8,50 € Bauinvestitionen an. Die Hebelwirkung der Bundesmittel allein beträgt demnach 1:17. Mithin bewirkt die Halbierung der Fördermittel alleine des Bundes um 300 Mio. € den Ausfall von Investitionen in Höhe von ca. fünf Mrd. €.

Darüber hinaus sichern nach einer Mitteilung der Bundesregierung schon 2.500 € Bundesmittel einen Arbeitsplatz in der Bauwirtschaft für ein Jahr (BT DS 17/1906). Die Halbierung der Fördermittel um 300 Mio. € führt mithin zu einem Verlust von 120.000 Arbeitsplätzen für ein Jahr in der Bauwirtschaft. Der hohe Multiplikatoreffekt der Bundesmittel führt damit zu einer deutlichen Überkompensation der staatlichen Ausgaben.

Von einer Kürzung der Städtebauförderung, wie sie noch geplant ist, wären vor allem die regional tätigen mittelständischen Bau- und Ausbauunternehmen betroffen, die rund 2,7 Mio. Arbeitnehmer beschäftigen. Hierdurch würden tausende von Arbeitsplätzen in den handwerklichen und mittelständisch geprägten Unternehmen aufs Spiel gesetzt und der Verlust von Steuereinnahmen und Sozialabgaben riskiert. Diese Einsparungen würden alleine den Mittelstand treffen.

III. Resümee

Wir negieren nicht die Notwendigkeit, Ausgaben zu kürzen. Wir halten es jedoch aus ökonomischen Gründen für falsch, die gesamtwirtschaftlich höchst effektiven Förderprogramme zu kürzen. Denn es wäre widersinnig, genau die Förderprogramme zu kürzen, die private Investitionen in vielfacher Höhe aktivieren.

Werden die Förderprogramme derart drastisch zusammengestrichen, sind vor allem die ortsansässigen, im Wohnungs- und Städtebau tätigen mittelständischen Bauunternehmen betroffen, die rund 2,7 Mio. Menschen beschäftigen.

Wir appellieren daher, dafür zu sorgen, dass die Förderung der energetischen Gebäudesanierung und die Städtebauförderung zumindest in derzeitiger Höhe erhalten bleibt.

Berlin, den 20.10.2010

Zentralverband Deutsches Baugewerbe